

Vierzehnte Sitzung – Quatorzième séance

Donnerstag, 21. Juni 1990, Vormittag
Jeudi 21 juin 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

89.010

Weg vom Tierversuch. Volksinitiative Limitons strictement l'expérimentation animale. Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1142 hiervoor – Voir page 1142 ci-devant

Art. 20

Antrag der Kommission

Zustimmung zum geltenden Text

Proposition de la commission

Adhérer au texte en vigueur

Angenommen – Adopté

Art. 21

Antrag der Kommission

Zustimmung zum geltenden Text

Antrag Meier-Glatfelden

Abs. 2

Der Bundesrat bestimmt die zulässigen Betäubungsmethoden und legt die Schlachtbedingungen und -frequenz so fest, dass die Tiere bei der Vorbereitung zur Betäubung und der Betäubung selbst nicht in schwere Angst versetzt werden, leiden, unnötigen Schaden nehmen oder Schmerzen verspüren.

Abs. 3 (neu)

Der Bund verlangt für die Ausübung des Betäuber-Berufes in Schlachthöfen einen Fähigkeitsausweis und setzt die Bedingungen der Erteilung fest, die zum Schutz und zum Wohlbefinden der Tiere angezeigt sind.

Art. 21

Proposition de la commission

Adhérer au texte en vigueur

Proposition Meier-Glatfelden

Al. 2

Le Conseil fédéral spécifie les méthodes d'étourdissement autorisées et définit les conditions et la fréquence d'abattage de manière que les animaux, lors des préparatifs d'étourdissement lui-même, ne tombent pas dans un état de grave anxiété, ne souffrent pas, ne subissent pas inutilement des dommages et n'éprouvent pas non plus de douleurs.

Al. 3 (nouveau)

La Confédération exige pour l'exercice de la profession d'étourdisseur dans les abattoirs un certificat de capacité et définit les conditions d'octroi propres à assurer la protection et le bien-être des animaux.

Meier-Glatfelden: An sich sollte eigentlich der Artikel 21 Absatz 2, «Der Bundesrat bestimmt die zulässigen Betäubungsmethoden», genügen. Aber in Schweizer Schlachthöfen herr-

schen teilweise menschen- und tierunwürdige Zustände. Verschiedentlich sah sich das Bundesamt für Veterinärwesen gezwungen, mit Richtlinien und Informationsschriften für bessere Verhältnisse zu sorgen, leider mit sehr geringem Erfolg. Da rügte das Bundesamt schon vor mehr als acht Jahren die zu hohe Durchlaufrequenz von Tieren, das übermässige Herumjagen der Tiere, das zu rasche Arbeitstempo in der Tötebucht und generell eine ungenügende oder fehlende Betäubung. Nachdem sich wenig bis nichts geändert hatte, legte das Bundesamt im Jahre 1986 ein Merkblatt vor, welches den übelsten Missständen vorbeugen soll, doch leiden die Tiere in Schlachthöfen nach wie vor im selben Ausmass.

Auch wurde in Aussicht gestellt, dass diese Bestimmungen zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Verordnung ersetzt werden, welche die zusätzlichen Anforderungen an das Personal, die Räume und Einrichtungen enthält. Ich frage den Bundesrat deshalb an, ob in nächster Zeit mit einem Erlass zu rechnen ist. Wenn ja, würde ich meinen Antrag, Artikel 21 Absatz 2 zu erweitern, zurückziehen.

Nun zu meinem Antrag Artikel 21 Absatz 3. Mangelhaft ist die Ausbildung des Schlachthofpersonals und namentlich derjenigen Personen, welchen das Betäuben anvertraut ist. Nicht selten handelt es sich um unqualifiziertes Hilfspersonal, das den gelegentlichen Ausbildungskursen schon aus sprachlichen Gründen kaum zu folgen vermag. Aus der Sicht des Tierschutzes aber ist es zentral, hier besonders gut ausgebildetes Personal angestellt zu wissen, welchem es gelingt, das ohnehin aufgeschreckte Tier zu beruhigen und ihm einen würdevollen Tod zu gewähren.

Dies erscheint uns nur möglich durch Schaffung eines demjenigen des Tierpflegers nachgebildeten Diploms, hinter welchem eine intensive, seriöse zentraleidgenössische Ausbildung steht. Prüfwert wäre, ob nicht die Voraussetzungen eines Biga-Diploms erfüllt sind, was das Ansehen dieser verantwortungsvollen Tätigkeit noch weiter steigern würde.

Ich bitte Sie deshalb, Herr Bundesrat Delamuraz, meinen Antrag dem Parlament zur Annahme zu empfehlen, und das Parlament bitte ich, aus der bisherigen Ablehnungsfront auszuscheren und diesen Artikel 21 Absatz 3 zu bewilligen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je considère que la première proposition présentée par M. Meier-Glatfelden, d'ajouter un alinéa 2 nouveau à cet article, porte véritablement sur des dispositions dignes de figurer dans une ordonnance ou une directive, mais non dans la loi.

Je réponds comme suit à la question de M. Meier-Glatfelden: sur ce point, l'Office vétérinaire fédéral est en train de préparer une modification à l'ordonnance à insérer une fois que le Parlement aura accepté les nouvelles dispositions de la loi, et d'en faire une directive à l'intention de tous les milieux de la profession. Cette ordonnance et cette directive iront exactement dans le sens que vous définissez vous-même, Monsieur Meier, dans votre proposition.

Dès lors, de deux choses l'une: ou bien vous maintenez votre proposition et je la combats, puisque la loi ne doit pas comprendre de telles dispositions, mais je vous promets que l'Office vétérinaire fédéral, sur mes directives, prendra des dispositions dans ce sens; ou bien vous retirez votre proposition, fort de l'engagement que je prends maintenant devant le Conseil national.

En ce qui concerne l'alinéa 3, de deux choses l'une là encore. Nous sommes d'accord avec la proposition de fond qu'il contient. La Confédération exigera de ces étourdisseurs des certificats de capacité et définira les conditions selon lesquelles ils peuvent octroyés. Personnellement, je trouve que le maintien de la proposition sous la forme d'un alinéa 3 serait acceptable, ou bien mes garanties vous suffisent, auquel cas on peut y renoncer. Sachez en tout cas que suite sera donnée à votre idée dans le cadre des mesures d'application décidées par le pouvoir exécutif.

Meier-Glatfelden: Herr Bundesrat, selbstverständlich vertraue ich Ihnen und ziehe meinen Antrag zu Absatz 2 zurück. Bei Absatz 3 hingegen haben Sie sich etwas unklar ausgedrückt. Sie haben in etwa gesagt: «Ich könnte den Artikel zur

Annahme empfehlen, aber lieber wäre mir, wenn Sie ihn auch zurückziehen würden.» Gut, ich hoffe und erwarte von Ihnen, dass wirklich jetzt, nachdem zehn Jahre lang nichts geschehen ist, etwas geschieht.
Ich ziehe beide Teile des Antrages zurück.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

Art. 22

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum geltenden Text
Proposition de la commission
Adhérer au texte en vigueur*

Angenommen – Adopté

9. Abschnitt

*Antrag der Kommission
Titel
Forschungsbeiträge und Förderung von Tierschutzprojekten*

Section 9

*Proposition de la commission
Titre
Subventions pour la recherche et l'encouragement de projets servant la protection des animaux*

Angenommen – Adopté

Art. 23

*Antrag der Kommission
Abs. 1*

Der Bund kann die wissenschaftliche Forschung über das tierische Verhalten und den Tierschutz durch Beiträge unterstützen.

Abs. 2

Er fördert und unterstützt in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Industrie insbesondere die Entwicklung und Anwendung von Methoden, die zum Ersatz von Tierversuchen führen, mindestens aber zu deren Verminderung und Verfeinerung.

Antrag Leutenegger Oberholzer

Abs. 3 (neu)

Er fördert und unterstützt die internationale Anerkennung toxikologischer Prüfungen, die Tierversuche ersetzen, mindestens aber mit weniger Versuchstieren und geringerer Belastung derselben auskommen.

Art. 23

*Proposition de la commission
Al. 1*

La Confédération peut encourager, par des subventions, la recherche scientifique sur le comportement animal et la protection des animaux.

Al. 2

Elle encourage et soutient notamment, en collaboration avec les hautes écoles et l'industrie, le développement et l'application de méthodes visant à remplacer des expériences sur animaux ou tout au moins à en diminuer le nombre et à les affiner.

Proposition Leutenegger Oberholzer

Al. 3 (nouveau)

Elle encourage et appuie la reconnaissance sur le plan international des analyses toxicologiques qui remplacent les expérimentations et nécessitent en tout état de cause le recours à un moins grand nombre d'animaux de laboratoire en entraînant par ailleurs pour ceux-ci des contraintes de moindre gravité.

Abs. 1, 2 – Al. 1, 2

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Frau Leutenegger Oberholzer: Mit meinem Antrag möchte ich den Bund beauftragen, die internationale Anerkennung solcher toxikologischer Prüfungen zu unterstützen und zu fördern, welche Tierversuche ersetzen, mit weniger Tierversuchen auskommen oder die Tiere zumindest weniger belasten. Ziel des Antrages ist es, die Zahl der Tierversuche international einzudämmen und den am meisten tierschonenden Methoden zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist gerade für die Schweiz mit einem hohen Exportanteil von Produkten, die solchen Prüfungen unterliegen, wichtig.

Denken Sie nur z. B. an den Export von pharmazeutischen Produkten: Die Schweiz exportiert bekanntlich über 90 Prozent ihrer Pharmaka. Werden in den Empfängerländern aufgrund der eigenen Zulassungsbestimmungen veraltete Toxizitätsprüfungen verlangt, heisst dies, dass unter Umständen die bei uns funktionell und tierschützerisch getesteten Stoffe durch veraltete Tests noch einmal geprüft werden müssen, oder die mangelnde Harmonisierung führt dazu, dass die Tests ins Ausland verlagert werden, in Länder mit lockereren Vorschriften.

Um was für Toxizitätsprüfungen geht es hier? Zum ersten sind einmal die Toxizitätsprüfungen für Medikamente angesprochen. Diese umfassen die Prüfung der akuten Giftigkeit und dann die Langzeitprüfungen in bezug auf Krebserregung und Geburtsschäden. Zum zweiten werden damit die Toxizitätsprüfungen für Haushaltchemikalien, Genussmittel und Kosmetika angesprochen. Was hier zum Teil für tierquälerische und unsinnige Methoden angewendet werden, ist Ihnen sicherlich bekannt. Ich möchte nur den LD50-Test erwähnen, der oft zur Giftklasseneinteilung für Haushaltchemikalien angewendet wird. Das ist ein sinnloser Verschleiss von Tieren, der zudem über die heute relevanten Probleme der Haushaltchemikalien, nämlich die Umweltbelastung, die sie verursachen, nichts aussagt. Zum dritten ist die Oekotoxizitätsprüfung bei Agrochemikalien angesprochen.

Teilweise müsste man diese Tests verbieten, weil die Versuche vom Zweck her nicht gerechtfertigt sind; auf der anderen Seite müsste man sich dafür einsetzen, dass der tiergerechtesten Methode auch international zum Durchbruch verholfen wird.

Die internationale Anerkennung hat zahlreiche Vorteile. Sie verschont viele Tiere; damit gelangt auch die schonendste Methode viel rascher zur Anwendung, das bringt auch wissenschaftlich meist bessere Resultate, denn oft werden heute alte Routinemethoden, ohne hinterfragt zu werden, einfach weitergeschleppt, obschon sie vom Aussagewert her untauglich sind. Neuere Testmethoden sind oft besser durchdacht und aussagekräftiger für die heute notwendigen Fragestellungen. Zudem verhelfen uns international gleiche Testmethoden auch zu international gleichen Wettbewerbsbedingungen.

Es gibt bereits heute internationale Harmonisierungen toxikologischer Prüfungen, so z. B. im Rahmen der OECD. In der Botschaft werden sie erwähnt. Die OECD-Richtlinien sind sehr wichtig, sie schreiben mehr oder weniger verbindlich die Versuchsmethoden vor, welche bei der Prüfung chemischer Produkte einzuhalten sind. Sie bilden die Grundlage für entsprechende Richtlinien in der EG, aber auch auf nationaler Ebene. Auch von seiten des Bundesrates wird anerkannt, dass diese OECD-Richtlinien «teilweise noch Versuchsmethoden enthalten, welche einer kritischen Prüfung unter den Gesichtspunkten des Tierschutzes kaum oder nicht standhalten und die deshalb von der Schweiz nicht übernommen werden können». Das hatte der Bundesrat seinerzeit in der Botschaft zur Initiative gegen die Vivisektion geschrieben. Trotzdem können sie von der Schweiz natürlich nicht vernachlässigt werden, denn im grenzüberschreitenden Verkehr kommt ihnen eine zentrale Bedeutung zu. Von inländischen Gesuchstellern werden sie nicht selten dazu herangezogen, um Tierversuche für Exportprodukte zu legitimieren. Was die gegenseitige Anerkennung von Tierversuchen betrifft, haben sich nun die OECD-Staaten verpflichtet, die Resultate untereinander anzuerkennen, sofern die Versuche nach den jeweiligen Richtlinien durchgeführt wurden. Wenn nun ein Land restriktiver ist, fehlt eine solche Anerkennung. Damit riskieren auch inländische pharmazeutische Unternehmen, dass ihre Tierversuche in

den andern OECD-Staaten oder ausserhalb dieser nochmals durchgeführt werden müssen. Dies führt dazu, wie bereits erwähnt, dass solche Tests einfach ins Ausland verlagert werden. Dieser Tierverschleiss lässt sich vermeiden, und zwar dadurch, dass auch auf internationaler Ebene tierschützerisch ausgerichtete Revisionen forciert werden. Dazu soll der Bund mit meinem Antrag nun auch beauftragt werden. Ich habe mir sagen lassen, dass die Schweiz in dieser Richtung auch im Rahmen der OECD bereits aktiv geworden ist und sich erfolgreich für eine Verbesserung der Richtlinien eingesetzt hat. Dies hat zur Revision der Richtlinien für den LD50- und den Augenreiztest geführt. Es gibt aber auch heute noch zahlreiche andere Testbereiche, die in diesem Sinne tiergerecht verbessert werden müssten. Die Schweiz soll zur Einsparung von Tierversuchen ständig aktiv bleiben und sich für die internationale Anerkennung tiergerechter Prüfungsrichtlinien einsetzen. Es steht der Schweiz gut an, wenn sie hier auch weiterhin voran geht.

Ich ersuche Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Euler, Berichterstatter: Den Antrag von Frau Leutenegger Oberholzer beurteile ich hier darum, weil Frau Leutenegger Oberholzer nicht einer Fraktion angehört und somit diesen Gedanken auch nicht vorher in die Kommissionsarbeit einbringen konnte. Dazu kommt noch, dass sich dieser Antrag in seiner sehr angemessenen Formulierung eigentlich folgerichtig an die Argumentation anschliesst, die von der Verwaltung gegeben worden ist: gegen den Antrag von Herrn Bundi in Artikel 13 Absatz 3, wo es um die schon erwähnten Draize-Tests und die LD50-Tests ging.

Das Hauptproblem – ich habe das zu diesem Artikel gestern gesagt – ist die internationale Verpflichtung. Wir exportieren sehr viel, und im internationalen Rahmen ist es sinnlos, dass diese Staaten noch die gleichen unsinnigen Tests verlangen. Von der Stossrichtung her meine ich, dass der Antrag von Frau Leutenegger Oberholzer durchaus in unsere Gesetzesrevision hineinpasst. Ich persönlich – obwohl die Kommission ihn nicht beraten konnte – würde meinen, diesen Antrag könnte man annehmen.

M. Paccolat, rapporteur: La proposition de Mme Leutenegger Oberholzer va dans le sens de la modification qui a été apportée par la commission à l'article 23. En effet, si dans sa majorité la commission a refusé le principe de la suppression des expériences sur les animaux, elle a voulu par contre mettre l'accent sur le développement de la recherche pour les méthodes de substitution, c'est-à-dire dans le sens des trois R: réduction, réforme et remplacement. Il est donc tout à fait opportun de faire encore un pas en mentionnant la reconnaissance sur le plan international des analyses toxicologiques. Donc au niveau du principe, on peut dire que la proposition de Mme Leutenegger Oberholzer s'inscrit dans la volonté de ce projet, tel que soutenu par la commission. Il se pose tout simplement la question suivante qui est déterminante lorsqu'on parle d'encouragement: comment cela se traduit-il en francs et le législateur et l'exécutif sont-ils d'accord d'augmenter la contribution pour la recherche?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Nous avons dit très ouvertement hier dans le débat que nous devons tout entreprendre afin de trouver des substitutions à l'expérimentation animale, en sorte que la proposition qui nous est faite maintenant va exactement dans ce sens et je peux l'accepter.

J'exprime deux réserves. La première est une réserve quant à la quotité des moyens que la Confédération pourra engager. Je fais remarquer que la proposition de Mme Leutenegger Oberholzer que nous avons sous les yeux n'est pas sous la forme potestative, elle enjoint la Confédération d'encourager et d'appuyer les efforts qui sont faits sur le plan national. Sur ce point je ne puis dire si nous serons à même d'accorder réellement des moyens matériels d'une très grande ampleur et comment nous le ferons. Mais la coopération internationale ne revêt pas que cet aspect d'appui matériel, elle comprend également des échanges d'expériences, des échanges de résultats et dans ce sens votre proposition est bienvenue.

Deuxième remarque: je crois que votre proposition se situe à un mauvais endroit de la loi. Mais nous ne devons pas chipoter et je vous propose d'accepter la proposition de Mme Leutenegger Oberholzer. Lors de la délibération au Conseil des Etats je la défendrai et je demanderai, à ce moment-là, qu'on la situe à un autre endroit de la loi. Il est manifeste qu'elle doit se trouver non pas dans cette section, mais à la fin de la section 6, là où il est question des expérimentations animales. C'est une question de pure forme.

Angenommen – Adopté

Art. 24 – 26

Antrag der Kommission
Zustimmung zum geltenden Text
Proposition de la commission
Adhérer au texte en vigueur

Angenommen – Adopté

Art. 26a (neu)

Antrag der Kommission

Titel

Behördenbeschwerde

Abs. 1

Gegen Verfügung der kantonalen Behörden über Tierversuchsbewilligungen stehen dem Bundesamt für Veterinärwesen die Rechtsmittel des kantonalen und des eidgenössischen Rechts zu.

Abs. 2

Die kantonalen Behörden eröffnen ihre Entscheide sofort dem Bundesamt für Veterinärwesen.

Art. 26a (nouveau)

Titre

Droit de recours des autorités

Al. 1

L'office vétérinaire fédéral est habilité à recourir contre les décisions des autorités cantonales autorisant des expériences sur animaux, en usant des voies de recours du droit cantonal et fédéral.

Al. 2

Les autorités cantonales notifient immédiatement leurs décisions à l'office vétérinaire fédéral.

Art. 26b (neu)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung der Anträge der Minderheiten

Minderheit I

(Seiler Rolf, Bäumlín, Bundi, Carobbio, Euler, Meier-Glatfelden, Ott, Wiederkehr)

Titel

Beschwerderecht der Tierschutzorganisationen

Abs. 1

Gegen Verfügungen der kantonalen Behörden über Tierversuchsbewilligungen steht das Beschwerderecht auch den gesamtschweizerischen Tierschutzorganisationen zu.

Abs. 2

Der Bundesrat bezeichnet die zur Beschwerde berechtigten Tierschutzorganisationen.

Abs. 3

Diese können auch auf kantonaler Ebene Beschwerde führen.

Abs. 4

Die Tierschutzorganisationen sind gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit verpflichtet über Informationen, die sie bei der Ausübung ihres Beschwerderechts über den Betrieb des Gesuchstellers erfahren.

Minderheit II

(Meier-Glatfelden, Bäumlín, Carobbio, Ott, Wiederkehr)

Abs. 1

Gegen Verfügungen der kantonalen Behörden oder der Behörden des Bundes im Zusammenhang mit dem Tier-

schutzrecht steht das Beschwerderecht auch den gesamtschweizerischen Tierschutzorganisationen zu.

Abs. 2 – 4

Zustimmung zum Entwurf der Minderheit I

Art. 26b (nouveau)

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter les propositions des minorités

Minorité I

(Seiler Rolf, Bäumlín, Bundi, Carobbio, Euler, Meier-Glattfelden, Ott, Wiederkehr)

Titre

Droit de recours des organisations de protection des animaux
Al. 1

Les organisations de protection des animaux d'importance nationale sont également habilitées à recourir contre les décisions des autorités cantonales autorisant des expériences sur animaux.

Al. 2

Le Conseil fédéral désigne les organisations de protection des animaux ayant qualité pour recourir.

Al. 3

Celles-ci sont aussi habilitées à recourir au niveau cantonal.

Al. 4

Les organisations de protection des animaux sont tenues de garder secrètes à l'égard de tiers les informations sur l'activité du requérant, qui sont portées à leur connaissance dans l'exercice de leur droit de recours.

Minorité II

(Meier-Glattfelden, Bäumlín, Carobbio, Ott, Wiederkehr)

Al. 1

Les organisations de protection des animaux d'importance nationale sont également habilitées à recourir contre les décisions en matière de protection des animaux prises par les autorités cantonales ou fédérales.

Al. 2 – 4

Adhérer au projet de la minorité I

Seiler Rolf, Sprecher der Minderheit I: Ich werde gleichzeitig auch den Artikel zum Verbandsklagerecht in diese Begründung einschliessen und zu diesen zwei Artikeln Verbandsbeschwerde- und Verbandsklagerecht nur einmal sprechen. Von grosser Bedeutung für die Besserstellung der Tiere ist die Stärkung des Rechtsschutzes der Tiere durch Gewährung der Verbandsbeschwerde und des Verbandsklagerechtes an gewisse Tierschutzorganisationen. Mit der Beschwerde würden diese legitimiert, gesetzeswidrige Verfügungen von Verwaltungsbehörden anzufechten. Mit der Verbandsklage wären sie berechtigt, im eigenen Namen und im Namen der Allgemeinheit anstelle des geschädigten Tiers als Partei Stellung zu nehmen und so das Verfahren zu kontrollieren und Rechtsmittel zu ergreifen.

Für die Einführung der Verbandsbeschwerde sprechen verschiedene, vor allem aber zwei Argumente: die Anerkennung von Eigenrechten der Tiere und die sogenannte «Waffengleichheit» im Bewilligungsverfahren.

Zur Anerkennung von Eigenrechten der Tiere. Das Tierschutzgesetz regelt das Verhalten der Menschen gegenüber dem Tier. Es dient dem Schutz des Tieres und seines Wohlbefindens. Neben der sittlichen Ordnung in den Beziehungen zwischen Menschen und Tieren dient das Tierschutzgesetz dem Schutz des Tieres um seiner selbst willen. Wird diese Schutzbedürftigkeit anerkannt – das darf aufgrund der klaren Verfassungsbestimmung und des Tierschutzgesetzes wohl vorausgesetzt werden –, so stehen den Tieren Lebens- und Abwehrrechte gegenüber den Menschen zu. Ihnen diese Rechte zuzugestehen entspricht wohl auch dem Prinzip der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber nur in Anspruch zu nehmen, um sich selber gegen Unterdrücker zu wehren, sie aber gegenüber den Unterlegenen abzulehnen, widerspricht unserem Rechtsempfinden. Gerechtigkeit entspricht einer Ursehnsucht des Menschen gegenüber der Willkür der Mächtigen. In den Bezie-

hungen Mensch/Tier ist zweifelsohne der Mensch der Mächtige. Es ist daher seine moralische Pflicht, auch den Tieren gerecht zu werden.

Tiere erfüllen das Erfordernis der Eigenständigkeit, besitzen einen Eigenwert, und sie sind – sofern wir das wollen – Träger natürlicher wie moralischer Rechte. Die Minderheit der Kommission ist der Auffassung, dass den Tieren Eigenrechte zuzugestehen sind. Diese Eigenrechte sind gleich wie die Rechte der Menschen in menschliche Verfahren einzubringen, dies um so mehr, als seitens der Tiere die Beeinträchtigung von so grundlegenden Rechten wie jenen auf Existenz, Integrität und Wohlbefinden auf dem Spiele stehen.

Das Prinzip der Gerechtigkeit verlangt, dass die von einer Konfliktlösung Betroffenen an einem allfälligen Verfahren beteiligt werden, und zwar so, dass sie ihre Interessen geltend machen können und dass sie einigermassen Aussichten auf Erfolg haben. Tiere verfügen jedoch nicht über unsere Sprache. Sie können nicht für sich selbst auftreten. Dem Tier kommt daher keine Handlungsfähigkeit zu. Es braucht zu seinem Schutz einen Treuhänder, einen Anwalt. Diese Funktion kann am besten mit dem Beschwerderecht von ideellen Vereinigungen wahrgenommen werden.

Zum zweiten, der Waffengleichheit im Verfahren. Am Bewilligungsverfahren gemäss geltendem Gesetz sind lediglich der Geschwelter und die bewilligungserteilende Behörde beteiligt. Die Konkretisierung der Gesetzesbestimmungen, zum Beispiel des unerlässlichen Masses, und die Ermittlung des Sachverhaltes erfolgt somit zwischen zwei Parteien, deren Interessen zum Teil, vor allem in bezug auf die Erledigung der Gesuche, ähnlich gelagert sind. Hinzu kommt die Tatsache, dass die geschwelternde Partei die Ablehnung eines Gesuches mit verwaltungsrechtlichen Rechtsmitteln anfechten kann, während umgekehrt keine Möglichkeit besteht, eine Bewilligung auf ihre Gesetzmässigkeit überprüfen zu lassen.

Mit der Erteilung eines Beschwerderechtes an das Bundesamt für Veterinärwesen wird diese Ungerechtigkeit ein wenig gemildert; das Interessenungleichgewicht wird jedoch nicht beseitigt. Die volle Waffengleichheit wird nur hergestellt, wenn sich die Anwälte der Tiere in den entsprechenden Verfahren als voll berechtigte Partei einschalten können. Sie müssen erstinstanzliche Bewilligungen anfechten und den Streit durch eine übergeordnete Instanz entscheiden lassen können. Ein Verfahren, das diesen Ansprüchen nicht genügt, erfüllt weder die Forderung nach Gerechtigkeit, noch entspricht es dem Prinzip der Gleichbehandlung. Wer den Tieren dieses Vertretungsrecht nicht gewähren will, muss wirklich überzeugende, gerechtigkeitsorientierte und moralische Gründe vorbringen können.

Welches sind die Gründe, die von den Gegnern dieser Lösung vorgetragen werden? Der Bundesrat macht in seiner Botschaft vor allem geltend, die missbräuchliche Beschwerde könne die Forschung verzögern, es bestünde die Gefahr, dass Unberechtigte Kenntnis von Forschungsgeheimnissen bekämen usw. Die meisten der angeführten Gründe berühren die Interessen derjenigen, die Tierversuche durchführen. Diese Interessen sind aber den Rechten der Tiere gegenüberzustellen, denen nicht grundsätzlich weniger Bedeutung beigemessen werden darf. Das Fehlen der Verbandsbeschwerde verhindert jedoch eine solche Güterabwägung. Und was die Wahrung der Forschungsgeheimnisse betrifft, können die Eigentumsrechte der Geschwelter dadurch geschützt werden, dass die beschwerdeberechtigten Organisationen ebenso strikt an Vertraulichkeit gebunden werden wie die kantonalen Kommissionen.

Der Bundesrat und die Industrie weisen ferner darauf hin, die Verbandsbeschwerde liesse dem Geschwelter keine andere Wahl, als unerlässliche und dringliche Versuche ins Ausland zu verlegen. Dazu möchte ich nur eines bemerken: Dringliche und unerlässliche Versuche bleiben in der Schweiz auch in Zukunft unbestritten. In bezug auf die Befürchtung der Forschungsverzögerung könnten die Interessen der Forschung dadurch gewahrt werden, dass Beschwerden die aufschiebende Wirkung entzogen wird. Das hat aber die zuständige Rechtsmittelinstanz zu beurteilen. Dabei hat sie die Interessen des Tierschutzes gegenüber den Forschungsinteressen und

den wirtschaftlichen Interessen abzuwägen. Im Falle einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht ist hingegen die aufschiebende Wirkung gemäss Artikel 111 des Organisationsgesetzes grundsätzlich entzogen.

Es bleibt noch die Frage der beschwerdeberechtigten Organisationen. Der Bundesrat sieht hier Abgrenzungsprobleme. Das ist durchaus möglich. Aber das Vorhandensein von Problemen bildet keinen Grund, sie nicht anzugehen. Andererseits bin ich ebenfalls der Meinung, dass der Kreis der aktiv legitimierten Organisationen aus verschiedenen Gründen eng zu ziehen ist. Eine knappe Auswahl ist aber immer noch besser als der Verzicht auf die Verbandsbeschwerde.

Im übrigen ist die Verbandsbeschwerde im schweizerischen Recht nichts Neues. Sie existiert bereits im Natur- und Heimatschutz- und im Umweltschutzgesetz. Niemand hat bis heute Missbräuche bei der Benutzung dieses Instrumentes nachweisen können.

Zusammenfassend: Ein Gesetz ist nicht viel wert, wenn es nicht richtig angewendet und vollzogen wird. Nur mit der Gewährung des Rechtes der Verbandsbeschwerde kann die richtige Anwendung überprüft werden, können Missbräuche gerichtlich geahndet werden. Nur mit der Verbandsbeschwerde kann sichergestellt werden, dass die gesetzlich vorgegebene Interessenabwägung im Bewilligungsverfahren vor der Bewilligungsbehörde rechtlich durchgesetzt werden und so eine Rechtsprechung entstehen kann, die laufend dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Entwicklung, der Forschung und insbesondere der Entwicklung von Alternativmethoden entspricht.

Zum Schluss zum Verbandsklagerecht: Auch im Tierschutzgesetz hat der Gesetzgeber die Notwendigkeit von Strafnormen im Bereich der Tierversuche mit der Aufnahme von spezifischen Straftatbeständen in den Artikeln 27 und 29 anerkannt. Im Tierschutzstrafrecht fehlen aber Opfer, die auf die Registrierung von Berichten überwachenden Einfluss nehmen können. Die eigentlichen Opfer, die Tiere, können es nicht tun. Zudem ist eine Kontrolle durch private Bürger, die zur Klage berechtigt wären, nicht möglich. Denn Tierversuche finden stets hinter verschlossenen Türen statt. Die Geschädigten, die Tiere, sind in einem Strafverfahren ohnehin benachteiligt, wenn den Angeschuldigten nicht als Gegengewicht ebenfalls besonders interessierte und vor allem informierte Vertreter der Geschädigten gegenüberstehen. Um dieses Ungleichgewicht wenigstens teilweise auszugleichen, soll den Tierschutzorganisationen ein Verbandsklagerecht eingeräumt werden. Damit sollen sie in einem Strafprozess Geschädigtenstellung erhalten oder als Privatklägerin ein Strafverfahren einleiten können und daran als sachkundige Partei teilnehmen. Auch in diesem Fall geht es darum, moralischen Prinzipien und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich meine, es ist unsere Pflicht, die Interessen der leidenden Kreaturen, die ja unsere Mitgeschöpfe sind, wirkungsvoll zu vertreten. Das können Sie tun, indem Sie diesen beiden Artikeln zustimmen. Ich bitte Sie darum und danke Ihnen dafür.

Meier-Glatfelden, Sprecher der Minderheit II: Alles, was Herr Kollege Seiler Rolf über Gerechtigkeit zwischen Mensch und Tier gesagt hat, ist wahr und richtig. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Ebenso klar ist aber, dass das Tier nicht nur bei Tierversuchen, sondern in allen Bereichen des Tierschutzes einen Anwalt braucht. Aus formaljuristischen Gründen, wegen der Einheit der Materie, konnten die Tierschutzorganisationen dies im Rahmen der Tierschutz-Initiative nicht verlangen.

Was sich im Umweltschutz mit dem Beschwerderecht der Umweltorganisationen bewährt hat, wird sich auch im Tierschutz bewähren. Die Tiere bedürfen, da sie sich nicht selber wehren können, eines Anwalts, der ihre Interessen vertritt. Das Verbandsbeschwerderecht ist deshalb nicht nur im Bereich Tierversuche, sondern in allen Bereichen der Tierschutzgesetzgebung – z. B. für das Schlachten, für Tiertransporte und für die gewerbsmässige Nutztierhaltung – angebracht.

Ich bitte Sie, meinem Antrag auf Ausdehnung des Beschwerderechtes der Tierschutzorganisationen auf alle Bereiche des Tierschutzrechtes zuzustimmen.

M. Leuba: Je vous invite, également au nom du groupe libéral, à rejeter les propositions de minorité. Celles-ci me paraissent témoigner, essentiellement sur le plan des idées, d'une regrettable confusion des esprits.

Déjà selon l'article 26a, on accorde un droit de recours à l'Office vétérinaire cantonal, ce qui est en soi un peu curieux, mais cela tient au fait qu'on se méfie de l'application du droit par les cantons qui seraient naturellement incapables d'appliquer le droit fédéral. Par conséquent, il faut bien qu'un office fédéral contrôle son application. On prétend, de cette manière, assurer l'application uniforme du droit fédéral.

Mais alors, à l'article 26b, la solution est inacceptable. Je rappelle que nous sommes en présence d'une requête d'un laboratoire, d'une Haute école ou d'une autre organisation qui souhaite pouvoir faire des expériences sur les animaux. Cette requête s'adresse à l'autorité. Or, quelle est la tâche de cette dernière en cette matière? C'est précisément d'assurer l'application de la loi et de veiller à l'intérêt public. Il est tout de même paradoxal qu'on veuille, d'une part, étendre de plus en plus les compétences de l'autorité pour intervenir dans ce domaine et que, d'autre part, on se méfie à ce point de l'autorité qu'on mette en doute son obligation fondamentale de veiller à l'intérêt public. Finalement, la tâche essentielle de l'autorité est bien de veiller à l'intérêt public et, par conséquent, à l'application de la loi. L'autorité doit également déterminer où est l'intérêt public, mais il n'incombe pas à n'importe quelle organisation de s'en charger, derrière l'autorité. Tel est donc le premier argument que nous invoquons contre le droit de recours des organisations de protection des animaux.

Le deuxième argument tient au fait qu'il s'agit d'organisations strictement privées, tout à fait honorables, qui ont indiscutablement une tâche à accomplir dans la société, mais qui ne reçoivent pas de légitimité démocratique. Ces organisations sont composées de gens de bonne volonté, qui s'intéressent à la protection des animaux. Or, ici, il s'agit de tout autre chose. Il ne s'agit pas de défendre, sur le plan des idées, la protection des animaux, mais de reconnaître à ces organisations, selon la proposition de la minorité, un droit de recours qui paralyse le droit de demander une autorisation.

Nous nous trouvons alors dans la situation incroyable que des personnes – certes dont l'honorabilité et le caractère idéal des objectifs poursuivis ne sont pas mis en doute – vont obtenir le droit de se prévaloir de représenter l'intérêt public et l'opinion qu'elles considèrent comme étant la plus juste à l'égard de l'autorité qui, elle, est précisément chargée de veiller à cet intérêt public. Les organisations de protection des animaux n'ont aucun compte à rendre à quiconque de la manière dont elles exerceront ces droits, personne n'effectuant de contrôle. Or, selon les principes démocratiques, celui qui exerce des droits au nom d'autrui doit rendre des comptes. Ensuite, on demandera la gratuité de la procédure, cela va de soi, et on invoquera la défense d'un but idéal pour être dispensé de payer des dépens. On aboutira alors, ainsi que le relève le Conseil fédéral dans son message, à une paralysie de la procédure par des gens qui défendent un intérêt idéal, certes, mais qui ne sont pas investis de pouvoir et n'ont de compte à rendre à personne.

Ces raisons sont suffisantes pour vous demander de rejeter cette proposition de minorité.

Wiederkehr: Irgendwie erinnert mich die Debatte in diesem Saal an die jahrzehntelangen Debatten über das Frauenstimmrecht und die Möglichkeit der Frauen, ihre Rechte geltend zu machen. Erinnern Sie sich zurück: Dieses Parlament war einstmals ein reines Männerparlament. Nur die «Dornenkronen der Schöpfung» hatte das Recht, hier zu bestimmen, und man hat versucht, die Rechte der Frauen solange als möglich unter Verschluss zu halten. Die Frauen haben sich dennoch befreien können. Sie werden es nicht aufhalten können, dass sich auch die Tiere befreien werden. Allerdings werden sie nicht in diesem Saal später einmal anwesend sein: Die Tiere haben keine Möglichkeit, sich für sich selber einzusetzen, deshalb braucht es Gruppen und Gruppierungen, die es an ihrer Stelle tun. Es werden die Organisationen sein, die ihre Stimme für sie erheben.

Jetzt ganz ernsthaft: Die LdU/EVP-Fraktion tritt selbstverständlich für die Einführung des Verbandsbeschwerderechtes ein, aus folgenden Gründen:

Eine Parteistellung der Tierschutzorganisationen ist im Interesse des Tieres absolut notwendig. Die heutige Situation der Rechtsungleichheit, in der ausschliesslich den Gesuchstellern das Rekursrecht zusteht, ist nicht tolerierbar. Der unausweichliche Interessenkonflikt, der sich bei der Verwendung von Tieren in der Forschung immer ergibt, muss institutionell so angegangen werden, dass beide Seiten klar als Parteien vertreten sind. Dies um so mehr, als es um die Ueberprüfung der Anwendung der offenen Normen der Tierschutzgesetzgebung geht. Eine Schlechterstellung der Tierschutzorganisationen gegenüber den Organisationen des Umwelt-, Natur- und Heimatschutzes, für die Herr Rolf Seiler bereits erklärt hat, dass diese Verbandsbeschwerdemöglichkeit noch nie missbraucht worden ist – das kann man nachweisen –, lässt sich weder zwingend begründen noch aufrechterhalten. Deshalb bitte ich Sie, in diesem zentralen Punkt des Tierschutzgesetzes ja zu sagen: ja zur Verbandsbeschwerde.

Frau Segmüller: Gewiss, ich spreche hier im Namen der christlichdemokratischen Fraktion. Aber jetzt spreche ich hier zuerst als Frau. Ich muss schon sagen: Es hat mir ob der Argumentation von Herrn Wiederkehr die Sprache verschlagen. Diese Argumentation – auch die Frauen hätten um ihre Vertretung kämpfen müssen –, dieser Vergleich mit dem Tierversuchproblem zeigt doch genau die Verkehrung der Prioritäten, welche ich strikte ablehnen muss. So geht es ja nun nicht! Jetzt spreche ich wieder als Fraktionssprecherin. Es ist unbestritten, dass wir aus Ehrfurcht vor der Schöpfung den Schutz der Tiere ausbauen sollen, und zwar basierend auf den ethischen Richtlinien der Akademie der medizinischen Wissenschaften. Das ist eine ethische Verpflichtung.

Aber diese Gesetzesrevision sichert ja genau dies, indem wir das Behördebeschwerderecht einführen. Dieses Behördebeschwerderecht kommt dem Veterinäramt zu und nicht dem Bundesamt für Gesundheitswesen. Es ist somit ein Beschwerderecht, das die Anwaltschaft der Tiere sicherstellt.

Die Verbände als Beschwerdeberechtigte können die Interessen der Tiere, so wie sie es verstehen, innerhalb der Tierversuchskommissionen der Kantone wahrnehmen. Auch diese Verbesserung bringt die Revision. Zwingend vorgeschrieben wird ja, dass diese Organisationen in diesen Tierversuchskommissionen vertreten sein sollen.

Nicht akzeptieren kann ich, dass die Verbände die allein legitimierte Vertreter der Tiere sein sollen. Ich empfinde es so: Sie sind die selbsternannten Vertreter. Wo bleibt ihre demokratische Legitimation? Es entstünden Abgrenzungsprobleme, wenn ein solches Verbandsbeschwerderecht eingeführt würde. Wir kennen es – das stimmt – z. B. im Natur- und Heimatschutz. Was gibt es dort für Kriterien? Es müssen gesamtschweizerische Organisationen sein, die seit mindestens zehn Jahren existieren. Das ist gut und recht. Aber welche Bedenken haben wir und wovor fürchten wir uns im Tierversuchsbereich? Doch vor den extremen Organisationen, die es durchaus gibt – es ist nicht nur eine –, die sich offen die totale Ablehnung jeglicher Tierversuche auf ihre Fahne geschrieben haben. Sie verkünden jetzt schon, wenn das Beschwerderecht eingeführt werde, würden sie gegen jeden Versuch Beschwerde einlegen.

Wie, Herr Wiederkehr, würden Sie diese Organisationen vom Beschwerderecht ausschliessen, oder mit welchen Argumenten würden Sie eine geordnete Abwicklung des Gesetzes überhaupt sicherstellen können?

Es gibt auch noch einen anderen Unterschied zum Beschwerderecht im Natur- und Heimatschutz. Im Natur- und Heimatschutz, auch beim Umweltschutz geht es um öffentliche, bekannte, für jedermann einsehbare Objekte. Bei den Tierversuchen geht es auch um Forschungs- und Fabrikationsgeheimnisse. Da ist die Interessenlage an der Offenlegung eine total andere. Diese zwei Umstände können nicht einfach so verglichen werden.

Ich bitte Sie dringend, im Sinne eines echten, richtig verstandenen Tierschutzes dem Behördebeschwerderecht zuzustim-

men, denn wir haben bereits der Vertretung der Organisationen in den Tierversuchskommissionen zugestimmt. Ich bitte Sie aber, das Beschwerderecht und ein Klagerecht für die Organisationen abzulehnen. Das Klagerecht steht sowieso jedermann zu, wenn ein Tatbestand, der ein Gesetz verletzt, vorhanden ist. Dazu braucht es kein besonderes zusätzliches Klagerecht für die Organisationen.

Jeden weiteren Vergleich der Frauen und ihres Kampfs um eine Stellung in der Gesellschaft mit dem Tierversuchproblem möchte ich mir strikte verbitten.

Frau Bäuml: Herr Bundesrat, ich muss etwas loswerden betreffend Ihre Antwort von gestern zur Bewilligungsverfahrenregelung. Ich war ausserordentlich enttäuscht von Ihrer Antwort. Ich habe den Eindruck, dass Sie mir entweder nicht zugehört haben oder dass ich vielleicht zu schnell gesprochen habe; die Uebersetzung kam vielleicht nicht bis zu Ihnen durch. Ich habe den Eindruck, Sie haben mich nicht verstanden – oder dann wollten Sie wirklich keine echte Kontrolle des Bewilligungsverfahrens. Ich kann mir Ihre Antwort von gestern nicht anders erklären. Sie zweifelten nämlich die Unabhängigkeit einer Tierversuchskommission an, die also auch fähig wäre, eine Bewilligung zu erteilen. Eine solche Tierversuchskommission hätte alle Interessen eingebunden und damit eine Unabhängigkeit von den Interessen hergestellt. Es wäre eine Unabhängigkeit der Bewilligungsinstanz gewesen, wenn diese Interessen der Stärkeren durch Einbindung ausgeschlossen worden wären. Ich weiss, das ist ein bisschen kompliziert. Aber es gibt keine andere Unabhängigkeit.

Wenn es schon im Bewilligungsverfahren möglich ist, dass die Stärkeren – und das sind die Leute, die Tierversuche durchführen wollen – Einfluss nehmen können, entweder bei der oberen Instanz, die die Bewilligung erteilt, oder bei der unteren Instanz, die nur die fachlichen Grundlagen dazu liefert, dann sehe ich nicht, wie überhaupt die Interessen der Schwächeren dort vertreten werden können.

Nicht einmal dort wollten Sie gleich lange Spiesse und natürlich auch hier nicht. Ich sehe es nach einigen Vorrednern schon kommen, wie Sie argumentieren werden.

Ich habe beim Bewilligungsverfahren gesagt, das wäre der Spatz in der Hand gewesen, und jetzt geht es um die Taube auf dem Dach. Frau Segmüller möchte ich sagen: Natürlich müssen die Verbände in dieser Sache einen Ausgleich schaffen gegenüber der Uebermacht der Interessen; damit ist es ihnen nicht zu verargen, dass sie gewissermassen einseitig eingreifen. Das können Sie nicht wegreden mit Ihren Argumenten.

Deswegen möchte ich Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ausserordentlich nachdrücklich bitten, diesem Verbandsbeschwerderecht Ihre Stimme zu geben.

Euler, Berichterstatter: Die Kommission hat im Gesetzesentwurf bei Artikel 26a das Beschwerderecht gegen kantonale Verfügungen dem zuständigen Bundesamt für Veterinärwesen zugewiesen. Wir haben allerdings darüber noch nicht abgestimmt, aber es ist keine Opposition angemeldet.

Diese Zuweisung ist zweifellos ein Fortschritt. Nun wollen die Minderheitsanträge Seiler Rolf und Meier-Glatfeld in Artikel 26b weitergehende Anliegen der Volksinitiative einbringen: die Einführung der Verbandsbeschwerde für Organisationen, welche sich nach ihren Statuten mit dem Tierschutz befassen. Diese Frage war auch in der Kommissionsberatung äusserst zentral; es ist auch eine zentrale Frage in der Volksinitiative, und deren Erörterung hat in der Kommissionsberatung entsprechend Zeit gebraucht.

Die Kommissionsmehrheit lehnt die Verbandsbeschwerde aber ab. Die Argumente fasse ich im folgenden kurz zusammen: Die Verbandsbeschwerde bewirkt, dass die Forschung verzögert, wenn nicht gar blockiert würde, dass die Geheimhaltung von Informationen über Forschungsprojekte in Frage gestellt wäre, dass Missbrauch der Beschwerde stattfinden würde, dass der administrative und der Prozessaufwand unabschätzbar gross wären, dass weder EG noch Efta eine ähnliche Regelung kennen und dass die Einführung einen Eingriff in die Souveränität der Kantone darstelle. Praktisch alle Kan-

tone haben sich in der Vernehmlassung dagegen ausgesprochen.

Bundesrat Delamuraz gab zudem nochmals in der Kommission zu bedenken – ebenso Frau Segmüller vorhin –, dass der Vergleich mit dem vorhandenen Beschwerderecht für Organisationen des Natur-, Heimat- und Umweltschutzes nicht herangezogen werden könne, weil in diesem Bereich eine für jedermann nachvollziehbare, öffentliche Problematik bestehe, was beim Beschwerderecht im Bereich Tierversuche wegen der Geheimhaltung nicht der Fall sei.

Ein paar Worte noch zur Kommissionsminderheit: Sie haben von Herrn Seiler Rolf ja ausführlich gehört, dass eine Parteilstellung der Tierschutzorganisationen im Interesse des Tieres notwendig sei, dass das Tier einen Anwalt brauche und dass die heutige Situation durch eine Rechtsunsicherheit gekennzeichnet sei.

Was die Frage des möglichen Missbrauchs der Beschwerde betrifft, so hätte es der Bundesrat gemäss Absatz 2 der Minderheit I (Seiler Rolf) in der Hand, einen Schlüssel für die zur Beschwerde berechtigten Tierschutzorganisationen zu finden. Die Minderheit II von Herrn Meier-Glatfelden ist in dieser Forderung noch absoluter. Die Kommission verwarf den Minderheitsantrag Meier-Glatfelden zu Artikel 26b mit 13 zu 3 Stimmen, den Minderheitsantrag Seiler Rolf zu Artikel 26b mit 13 zu 8 Stimmen.

Für das Verbandsklagerecht (Minderheitsantrag Artikel 32a) gelten im Prinzip die gleichen Argumente wie für die Verbandsbeschwerde. Ich werde dazu nicht nochmals im Rat sprechen. Das Verbandsklagerecht wurde von der Kommission mit 13 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Namens der Kommission muss ich Sie um Zustimmung zu den Kommissionsanträgen und um Ablehnung der Minderheitsanträge ersuchen, obwohl ich mich persönlich zur Minderheit bekenne.

Mme **Paccolat**, rapporteur: Nous arrivons au plat de résistance de ce contre-projet car les articles 26a et 26b sont une forme de réponse alternative à l'initiative en ce qui concerne les voies de recours.

Quel est le droit en vigueur? L'Office vétérinaire fédéral surveille l'exécution par les cantons. Mais cet office n'a pas le droit d'attaquer les décisions de première instance et hier nous avons rappelé que les cantons avaient des procédures différentes, ce qui montre aussi la difficulté d'instaurer une procédure de recours, compte tenu du fédéralisme. Je rappellerai – vous avez pris connaissance hier peut-être dans la presse d'un cas du canton de Genève – qu'il est nécessaire que cet office puisse exercer ce contrôle sur l'octroi des autorisations accordées par les cantons. Je rappelle que le canton de Genève avait accordé une autorisation au centre universitaire pour procéder à une expérience sur les animaux et que l'office fédéral a interdit cette expérience. Cela montre qu'il y a nécessité d'un contrôle sur l'ensemble des demandes qui s'élèvent à environ 2000 par an. Quelle possibilité était offerte pour aller dans le sens d'un droit de recours? Il y avait la possibilité d'accorder un droit de recours soit aux associations de protection des animaux, comme le demandent l'initiative et les deux propositions de minorité, soit aux autorités. Plusieurs alternatives se présentaient au niveau de droit de recours des autorités, soit l'Office vétérinaire fédéral, soit la Commission fédérale consultative, soit les Commissions cantonales – je rappelle qu'il y a quelques années le postulat Wick avait demandé d'instaurer ce droit de recours aux commissions cantonales – soit même la création d'un poste de délégué cantonal à la protection des animaux.

Face à cet éventail de possibilités, la commission a retenu la proposition de l'Office vétérinaire fédéral. Pourquoi cet office? Il garantit une application uniforme de la loi. Du reste, les cantons principalement concernés par les expériences sur les animaux, tels que les cantons de Berne, de Bâle-ville et de Genève se sont déclarés favorables à cette possibilité. Le droit de recours de l'Office vétérinaire fédéral garantit aussi la confidentialité en ce qui concerne les secrets commerciaux. On peut également envisager qu'il renforce l'application des directives prononcées par cet office. Je rappelle que non seule-

ment nous devons considérer que le droit de recours, s'il est accordé à l'Office vétérinaire fédéral, apporte ces avantages, mais que les associations de protection des animaux – comme l'a relevé Mme Segmüller – sont aujourd'hui reconnues de droit dans les commissions cantonales. Actuellement, un grand nombre de ces commissions sont déjà composées de membres d'associations de protection des animaux. Mais nous avons introduit dans le contre-projet une reconnaissance de droit qui n'est pas non plus négligeable.

Pourquoi n'avons-nous pas accordé le droit de recours aux associations? L'argument principal pour exiger un tel droit réside dans le fait qu'une autorisation d'expérience sur les animaux ne plus être révisée une fois qu'elle a été accordée. Du reste, les responsables des associations de protection des animaux – les auteurs des propositions de minorité l'ont relevé – qui sont concernés directement ne peuvent pas défendre leurs intérêts comme représentants.

C'est surtout pour les arguments suivants que la majorité de la commission n'a pas voulu retenir ce droit de recours contre les associations. Tout d'abord, nous constatons que des personnes non autorisées pourraient prendre connaissance de secrets de recherche, que la recherche tant fondamentale qu'appliquée pourrait être bloquée ou retardée et que les questions d'expériences sur les animaux seraient jugées par des juristes qui n'ont pas nécessairement les connaissances requises dans ce domaine spécial. Il est bien évident que dans certains cas on pourrait considérer que la collaboration des associations pourrait constituer une aide pour les autorités officielles parfois surchargées. Mais cette aide peut s'exprimer justement par l'examen des autorisations dans les commissions lors de l'octroi du préavis.

Je crois que la question de savoir si l'on peut assumer la responsabilité d'introduire le droit de recours dépend essentiellement de la possibilité de protéger les intérêts légitimes des principaux intéressés, l'industrie et les Hautes écoles. Or, les inconvénients que ce droit de recours impose ne sont pas vraiment insignifiants. Et l'on pourrait encore ajouter une série d'inconvénients, notamment une politisation par l'introduction de voies de droit. Je crois qu'il ne faut pas non plus s'attendre à une amélioration de la qualité des décisions. Il faut aussi ajouter que le cercle des organisations qui bénéficieraient du droit de recours ne peut pas être délimité de façon correcte pour des raisons juridiques.

C'est une des raisons qui expliquent la différence entre la proposition de la minorité I et celle de la minorité II. M. Seiler et les représentants de la minorité I ont justement mis des garde-fous à ces inconvénients en précisant que le Conseil fédéral devrait décider quelles seraient les organisations de protection des animaux dignes de recourir, celles-ci étant tenues d'assurer le secret quant aux informations qui seraient portées à leur connaissance.

Ce droit de recours doit être vu également sous l'angle du droit cantonal, et l'on peut considérer qu'il constituerait une ingérence dans la souveraineté des cantons. Et dernier argument, aucun Etat membre de la Communauté ou de l'AELE ne connaît une réglementation semblable dans le domaine de la protection des animaux.

La procédure de consultation a manifestement démontré que la majorité n'est pas du tout favorable au droit de recours des associations, tant des cantons que des partis et des organisations. La minorité I de la commission s'est prononcée par 13 voix contre 8, et la minorité II par 14 voix contre 3. Etant donné que l'article 32a est lié au droit de recours des associations de protection des animaux, la commission, dans sa majorité, refuse le droit de plainte des organisations, car l'introduction d'un tel droit, comme proposé à l'article 32a, constituerait une nouveauté dans le droit suisse.

Dans le domaine de la protection de l'environnement, de la nature et du paysage, les associations nanties d'un droit de recours ne jouissent pas d'un droit de plainte correspondant. De plus, il n'est pas possible de comparer avec le droit de recours qui est accordé aux associations dans le cadre de la loi sur la protection de l'environnement. M. Delamuraz, conseiller fédéral, reviendra sur ce point, afin de souligner la différence en la matière.

Les motifs invoqués en faveur du droit de recours des associations ne peuvent donc pas être transférés sans autre dans le domaine du droit pénal. Nous devons aussi préciser que le droit en vigueur permet à chacun de déposer une plainte pénale; l'autorité est alors tenue de poursuivre l'affaire d'office. La majorité de la commission est donc d'avis qu'une réglementation spéciale dans le domaine de la protection des animaux n'est pas opportune, tant en ce qui concerne le droit de recours que le droit de plainte.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Mme Bäumlín, revenant sur notre débat d'hier à propos de l'article 18, regrette de ne pas avoir été entendue du Conseil fédéral. Je voudrais, Madame, éviter en tout cas que vous ayez le sentiment que, dans ce noeud de vipères que peut être l'expérimentation animale, le Conseil fédéral pratique la politique de l'autruche et laisse aux expérimentateurs la part du lion.

Cette comptine zoologique étant dite, j'insiste sur le fait qu'aujourd'hui, en relation avec le débat sur les droits de recours, je répète ce que je vous ai dit hier, après vous avoir bel et bien entendue, à savoir que l'organisation envisagée par la majorité de la commission avait pour elle le grand mérite de la clarté, et cela parce que distinction est faite entre trois types d'organes. Tout d'abord, à l'échelon cantonal, l'organe consultatif et de prévision est justement cette commission, constituée par décision du Parlement. C'est une amélioration par rapport à la situation actuelle. Cette commission est indépendante de l'autorité de décision qui, selon les cantons, est le Conseil d'Etat, le département cantonal concerné, voire le vétérinaire cantonal. Nous n'avons pas, en tant que législateur fédéral, à nous immiscer dans l'organisation cantonale. L'essentiel, c'est que cette commission soit précisément indépendante de l'autorité de décision et qu'elle n'agisse pas en tant qu'organe subordonné.

Ensuite, l'organe de recours, tel que la majorité de la commission vous le propose, c'est l'Office vétérinaire fédéral. Nous voilà donc au centre du débat d'aujourd'hui. La nouveauté, qui consiste à doter l'Office vétérinaire fédéral du droit de recours contre les décisions de l'autorité cantonale compétente, est un instrument supplémentaire en main de ceux qui se préoccupent, à juste titre, de la protection des animaux et d'un recours raisonnable à des animaux pour l'expérimentation. C'est en cela que le système que nous vous présentons a le mérite de la clarté, de la cohérence et de l'efficacité. Par conséquent, je vous demande de suivre la majorité de la commission.

Pourquoi donc ne pas continuer sur un si bon chemin? Pour que les garanties soient apparemment encore plus grandes, pourquoi ne pas accorder, de surcroît, un droit de recours aux associations?

Je suis obligé de reprendre la comparaison que j'établissais hier – et dont on a parlé tout à l'heure – entre le droit de recours reconnu aux associations en matière d'aménagement du territoire et le droit de recours revendiqué ici en matière d'expérimentation animale. Je vois deux différences essentielles entre ces deux types de démarche. La première se situe dans la nature même des choses. Lorsqu'un projet urbanistique ou d'aménagement du territoire est soumis à l'enquête publique, on voit très bien de quoi il s'agit. Un paysage, une fraction de notre territoire est visible, et c'est par conséquent un élément qui relève du domaine public le plus évident. Lorsqu'au contraire il s'agit d'une expérimentation animale, celle-ci, par la nature même de cette expérimentation, se trouve être un projet privé, non visible du public, non évident et qui, dans un certain nombre de cas, est chargé du secret et de la confidentialité qui doivent entourer les affaires et, en quelque sorte, la sphère privée. Nous n'avons donc pas la possibilité d'intervenir dans ce type de domaine avec la même évidence et la même clarté qu'en matière d'aménagement du territoire.

Une seconde nature tient au temps d'accomplissement de ces démarches. Lorsqu'un recours est fait contre tel ou tel plan d'aménagement du territoire, les règles sont suspendues. Cela peut porter préjudice à quelque propriétaire qui n'est pas à même de pratiquer les constructions auxquelles il voulait se livrer, mais cela ne va pas plus loin. Le temps ne bloque pas

irrémédiablement le cours futur des choses en matière d'aménagement du territoire.

Tout autre est la situation d'une expérimentation animale. Celle-ci, par définition, doit avoir pour elle une cohérence en amont et en aval avec les autres recherches. Elle doit avoir lieu et une interruption est de nature à compromettre ce projet et, très souvent avec lui, ceux qui le flanquent et l'accompagnent. Les dégâts que l'on causerait en travaillant pièce par pièce sont évidemment irréparables par rapport à ce qui se passe en matière d'aménagement du territoire. C'est la raison pour laquelle il ne faut pas établir ce parallèle.

Autre réflexion: il est évident que si nous nous mettions à reconnaître à ces associations le droit de recours, il serait indispensable qu'elles soient à même de connaître la matière dont il s'agit. Nous devrions donc leur ouvrir toutes grandes les portes les plus secrètes de tous les laboratoires publics et privés de la recherche fondamentale dans les universités, de la recherche appliquée dans les industries, afin qu'elles sachent de quoi il en retourne. Cela est une violation et une atteinte grave au secret des affaires, qui entraîneraient, si l'on veut être efficace, quasiment une présence d'investigation et de contrôle permanente dans ces laboratoires et entreprises.

Il suffit de savoir que les quelque 1800 autorisations annuelles délivrées actuellement seraient toutes passibles d'un recours des associations, dans le cas où vous leur accorderiez le droit de recours, pour se rendre compte qu'il est très facile, non seulement de compliquer, mais de paralyser l'activité d'un certain nombre d'entreprises en matière de recherche animale.

Vous me direz peut-être que je suis en train de faire un procès d'intention, mais ce n'est pas le cas. Je ne serais toutefois pas enclin à vous tenir mes derniers propos si des associations n'avaient pas déjà annoncé la couleur et, en toute clarté, leur opposition au principe même de l'expérimentation animale. Elles veulent non seulement son contrôle et sa limitation, mais sa suppression. Comment voulez-vous donc, si telle ou telle de ces associations extrémistes est investie du caractère national, que nous l'excluions des associations ayant droit de faire recours? Cela est démocratiquement impossible. Il est dès lors écrit dans le ciel de l'évidence que nous aurions, avec l'existence d'un tel droit de recours, la certitude d'une volonté permanente de paralysie de tout l'appareil d'expérimentation animale. De cela nous ne voulons pas, il s'agit de raison garder. Quelle que soit l'honorabilité d'autres associations, quel que soit le caractère, non seulement utile mais indispensable, de leur action de protection des animaux en général, leur octroyer expressément, alors qu'elles n'ont pas de légitimité démocratique, un droit d'intervention, de recours, c'est véritablement confondre les buts et les moyens et donner à cet instrument tous les moyens de faire «capoter» purement et simplement la recherche animale.

Je vous engage à renoncer à cet instrument disproportionné, à suivre la majorité de la commission, qui introduit déjà et c'est important le nouveau droit de recours de l'Office vétérinaire fédéral, qui vous donne toutes les garanties à la fois techniques et politiques d'un instrument nouveau permettant de faire fonctionner avec plus de certitude le système et de donner à la volonté politique du Parlement de limiter les expérimentations animales toute sa portée, sa signification et ses conséquences pratiques.

Art. 26a
Angenommen – Adopté

Art. 26b

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit I

62 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II

24 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit

101 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I

61 Stimmen

Art. 27 – 32

Antrag der Kommission
Zustimmung zum geltenden Text
Proposition de la commission
Adhérer au texte en vigueur

Angenommen – Adopté

Art. 32a (neu)

Antrag der Kommission
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit
Minderheit
(Seiler Rolf, Bäumlin, Bundi, Carobbio, Euler, Meier-Glatfelden, Ott, Wiederkehr)

Titel

Verbandsklagerecht

Abs. 1

Bei strafbaren Handlungen im Sinne der Tierschutzgesetzgebung gelten gesamtschweizerische Organisationen als Geschädigte.

Abs. 2

Der Bundesrat bezeichnet die zur Klage berechtigten Tierschutzorganisationen.

Art. 32a (nouveau)

Proposition de la commission
Majorité
Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Seiler Rolf, Bäumlin, Bundi, Carobbio, Euler, Meier-Glatfelden, Ott, Wiederkehr)

Titre

Droit de plainte des organisations

Al. 1

Lors d'actes punissables au sens de la présente loi, les organisations de protection des animaux d'importance nationale ont qualité de plaignantes.

Al. 2

Le Conseil fédéral désigne les organisations de protection des animaux habilitées à porter plainte.

Le président: La proposition de minorité a déjà été développée par M. Seiler. La majorité de la commission vous propose de ne pas l'adopter, et M. Seiler renonce à prendre la parole.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	94 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	58 Stimmen

Art. 33

Antrag der Kommission
Zustimmung zum geltenden Text

Antrag Weder-BaseL

Abs. 3

.... nach Artikel 5, die Ausbildung zum Tierpfleger nach Artikel 7 sowie die Ueberwachung sind jedoch Bundessache.

Art. 33

Proposition de la commission
Adhérer au texte en vigueur

Proposition Weder-Bâle

Al. 3

L'exécution l'article 5, la formation de gardien d'animaux selon l'article 7 ainsi que la surveillance relèvent toutefois de la Confédération.

Le président: La proposition Weder-Bâle est devenue caduque à la suite du vote intervenu à l'article 7 alinéa 2.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 34

Antrag der Kommission
Zustimmung zum geltenden Text

Antrag Meier-Glatfelden

Die mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragten Behörden haben («im Rahmen des zutreffenden Prozessrechtes» wird ersatzlos gestrichen) Zutritt zu den Räumen, Einrichtungen, Fahrzeugen, Gegenständen und Tieren; dabei haben sie die Eigenschaft von Beamten der gerichtlichen Polizei.

Art. 34

Proposition de la commission
Adhérer au texte en vigueur

Proposition Meier-Glatfelden

Les autorités chargées de l'exécution de la présente loi ont (biffer «dans le cadre de la procédure applicable») accès aux locaux, installations, véhicules, objets et animaux; pour ce faire, elles ont qualité d'agents de la police judiciaire.

Meier-Glatfelden: Mein Antrag entspricht inhaltlich dem Entwurf des Tierschutzgesetzes gemäss Botschaft vom 9. Februar 1977. Der zur Streichung beantragte Zusatz im Rahmen des zur treffenden Prozessrechts ist erst in der Beratung des Gesetzesentwurfes im Ständerat eingefügt worden. Dies erfolgte damals mit der Begründung, es gehe zu weit, den Vollzugsbeamten zu erlauben, ohne weiteres eine Wohnung zu betreten. Zuerst müsse der Untersuchungsrichter feststellen, ob genügende Verdachtsmomente für eine Hausdurchsuchung vorhanden seien.

In der Praxis hat sich diese Bestimmung vor allem als ein Hindernis beim Vollzug des Gesetzes bei Nutztierhaltern und einzelnen Haltern von Wildtieren erwiesen. Bei renitenten Tierbesitzern, welche den Zutritt verweigern, muss bei der zuständigen Strafuntersuchungsbehörde ein Hausdurchsuchungsbefehl angefordert werden – dies auch in Fällen, wo es noch gar nicht um eine Strafuntersuchung geht, sondern nur darum, zu kontrollieren, ob Tierschutzvorschriften eingehalten werden.

Die Gutheissung meines Antrags würde den Vollzugsbehörden im Tierschutz dieselbe Kontrollmöglichkeit eröffnen, wie sie für die Tierseuchenpolizei selbstverständlich ist. Es ist nicht zu befürchten, dass inskünftig unter Hinweis auf diese Bestimmung der Zutritt zu Privatwohnungen verlangt werden wird. Das Zutrittsrecht besteht selbstverständlich nur, soweit es für den Vollzug der Tierschutzgesetzgebung erforderlich ist. Dabei muss ein konkreter Anlass für eine Kontrolle bestehen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Euler, Berichterstatter: Der Antrag von Herrn Meier-Glatfelden war schon in der Frühjahrsession bekannt; somit konnte die Kommission auf schriftlichem Wege und nach Konsultation des Bundesamtes für Veterinärwesen dazu Stellung nehmen. Die Kommission möchte Ihnen den Antrag von Herrn Meier zur Annahme empfehlen. Es ist im Grunde genommen auch der Wunsch des Bundesamtes für Veterinärwesen, dass diese Aenderung vollzogen wird. Das Bundesamt schreibt auch an die Kommission, dass aus der Sicht des mit der Oberaufsicht betrauten Bundesamtes der Antrag zu begrüssen ist. Seine Gutheissung würde den Vollzugsorganen im Tierschutz dieselben Kontrollmöglichkeiten eröffnen, wie sie für die Tierseuchenpolizei selbstverständlich sind. Ich möchte mich sehr kurz fassen und Ihnen aus all diesen Gründen die Annahme des Antrags von Herrn Meier als eine willkommene Ergänzung dieser Revision empfehlen.

Mme Paccolat, rapporteur: La proposition de M. Meier-Glatfelden a été examinée, lors de la session de printemps, par la commission qui l'a acceptée après avoir entendu l'avis donné par l'Office vétérinaire fédéral. Dans la pratique, il est constaté que la disposition actuelle est un obstacle pour une bonne application de la loi, car en particulier les détenteurs d'animaux de rente ainsi que ceux d'animaux sauvages n'ont pas l'ouverture attendue et voulue pour faciliter un contrôle. Face à ces

propriétaires récalcitrants, il faut demander un mandat de perquisition à l'autorité d'instruction pénale. En supprimant «dans le cadre de la procédure applicable», on aurait ainsi une garantie de surveillance et de contrôle par les autorités chargées de l'exécution de la loi. Il faut donc modifier l'article 34: à la place de «organes», nous acceptons la proposition «les autorités» et l'on biffe «dans le cadre de la procédure applicable».

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Je vous propose d'être d'accord avec l'amendement remanié qui nous est proposé.

*Angenommen gemäss Antrag Meier-Glatfelden
Adopté selon la proposition Meier-Glatfelden*

Art. 35 – 37

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum geltenden Text
Proposition de la commission
Adhérer au texte en vigueur*

Angenommen – Adopté

Ziff. II (neu), Art. 38

*Antrag der Kommission
(Betrifft nur den französischen Text)*

Ch. II (nouveau), art. 38

Proposition de la commission

*Al. 1
La présente loi est sujette au référendum facultatif.*

*Al. 2
Adhérer au texte en vigueur*

Angenommen – Adopté

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Bundi: Vor den beiden Gesamtabstimmungen möchte ich namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung abgeben:

Wir werden dieser Gesetzesrevision zustimmen, weil sie nicht im Widerspruch zu den Forderungen der Initiative steht und weil sie einen Fortschritt darstellt gegenüber dem bisherigen Recht. Es sind aber alle Minderheitsanträge abgelehnt worden, und damit sind wichtige Anliegen der Initiative nicht berücksichtigt worden. Das veranlasst uns, die Initiative zu unterstützen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Weder-Basel: Uns geht es gleich wie Herrn Bundi und der sozialdemokratischen Fraktion. Wir stellen fest, dass alle Minderheitsanträge, die wir unterstützt und selbst eingereicht haben, nicht berücksichtigt worden sind. Wir stellen aber auch fest: Die Gesetzesrevision bringt einen ganz kleinen Fortschritt für die oftmals sehr gequälte Kreatur. Wir stimmen dieser Gesetzesrevision zu. Wir werden aber auch dem Schweizer Tierschutz beliebt machen, die bestehende Initiative auf keinen Fall zurückzuziehen; denn wir möchten einen viel grösseren Schritt tun als denjenigen, den wir heute getan haben, und wir werden uns mit dem Schweizer Tierschutz in Verbindung setzen.

Heute stimmen wir der Gesetzesrevision zu und selbstverständlich auch der Initiative, die wir dem Volk zur Annahme empfehlen werden.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	92 Stimmen
Dagegen	8 Stimmen

Eventualantrag der Kommission

(Falls der Rat dem indirekten Gegenvorschlag zustimmt)
Die Frist zur Behandlung der Volksinitiative «zur drastischen und schrittweisen Einschränkung der Tierversuche (Weg vom

Tierversuch!)» wird gestützt auf Artikel 27 Absatz 5bis des Geschäftsverkehrsgesetzes um ein Jahr bis zum 29. Oktober 1991 verlängert.

Proposition subsidiaire de la commission

(Pour le cas où le conseil approuverait le contre-projet indirect)

Le délai fixé pour l'examen de l'initiative populaire «pour une réduction stricte et progressive des expériences sur les animaux (Limitons strictement l'expérimentation animale!)» est prorogé d'un an, soit jusqu'au 29 octobre 1991, en vertu de l'article 27, alinéa 5bis, de la loi sur les rapports entre les conseils.

Angenommen – Adopté

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Seite 1 der Botschaft

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

A. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «zur drastischen und schrittweisen Einschränkung der Tierversuche (Weg vom Tierversuch!)»

A. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour une réduction stricte et progressive des expériences sur les animaux (Limitons strictement l'expérimentation animale!)»

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Allgemeine Beratung siehe Seite 0000 hiervor

Débat général voir page 0000 ci-devant

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Bundi, Bäumlín, Carobbio, Euler, Meier-Glatfelden, Ott, Seiler Rolf, Wiederkehr)

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Bundi, Bäumlín, Carobbio, Euler, Meier-Glatfelden, Ott, Seiler Rolf, Wiederkehr)

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	82 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	49 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	78 Stimmen
Dagegen	44 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

89.069

**Internationale Arbeitskonferenz.
75. Tagung
Conférence internationale du travail.
75e session**

Bericht, Botschaft und Beschlussentwurf vom 1. November 1989 (BBI III, 1592)
Rapport, message et projet d'arrêté du 1er novembre 1989 (FF III, 1505)
Beschluss des Ständerates vom 7. März 1990
Décision du Conseil des Etats du 7 mars 1990

Herr **Allenspach** unterbreitet im Namen der Kommission für soziale Sicherheit den folgenden schriftlichen Bericht:

Der Bericht des Bundesrates über die 75. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz besteht im wesentlichen aus zwei Teilen. Erstens aus einer Analyse der schweizerischen Haltung zum Uebereinkommen (Nr. 167) und der Empfehlung (Nr. 175) über den Arbeitsschutz im Bauwesen. Der zweite Teil befasst sich in Form einer Botschaft mit dem Uebereinkommen (Nr. 168) und der Empfehlung (Nr. 176) über Beschäftigungsförderung und den Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

Das Uebereinkommen Nr. 167 revidiert das Uebereinkommen Nr. 62 von 1937 über Unfallverhütungsvorschriften, welches den Hochbau betrifft. Das Uebereinkommen Nr. 167 enthält allgemeine Bestimmungen über die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Förderung von Sicherheit und Gesundheit auf den Baustellen sowie über die Koordination und die Verteilung der Verantwortlichkeiten auf die verschiedenen auf einer Baustelle tätigen Unternehmen. Weiter sieht es eine Reihe von Schutzmassnahmen betreffend die im Hoch- und Tiefbau verwendeten Anlagen, Geräte und Werkzeuge vor.

In der Schweiz entsprechen die technischen und organisatorischen Massnahmen auf dem Gebiet der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz heute den wesentlichen Anforderungen, die im Uebereinkommen Nr. 167 gestellt werden. Trotzdem ist es nicht möglich, dieses Uebereinkommen zu ratifizieren, da die selbständig Erwerbstätigen in der Schweiz nicht vom Geltungsbereich der Unfallverhütungsgesetzgebung erfasst werden.

Die Kommission bedauert, dass dieses Uebereinkommen Nr. 167 nicht ratifiziert werden kann. Wie dem Bericht des Bundesrates zu entnehmen ist, ist das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt worden, zu prüfen, welche Anpassungen unserer Gesetzgebung nötig wären, insbesondere was die Situation der selbständig Erwerbstätigen betrifft, um das Uebereinkommen Nr. 167 ratifizieren zu können. Die Kommission für soziale Sicherheit beabsichtigt ihrerseits das Problem der selbständig Erwerbstätigen weiterzuverfolgen. Sie hat beim Departement des Innern einen Bericht zu diesem Thema verlangt.

Das Uebereinkommen Nr. 168 hat zum Ziel, die Koordination der Systeme zum Schutz gegen Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungspolitik sicherzustellen. Es revidiert das Ueberein-

kommen Nr. 44 über Arbeitslosigkeit aus dem Jahre 1934. Seither haben sich verschiedene neue Fragestellungen ergeben wie Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, mit der Eingliederung der Frauen verbundene Arbeitslosigkeit, Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt oder neue Arbeitszeitregelungen.

Das Uebereinkommen Nr. 168 widmet sich diesen Fragen und stellt ein internationales, der Entwicklung unserer heutigen Arbeitswelt angepasstes Instrument dar. Es schützt mindestens 85 Prozent aller Arbeitnehmer vor den Risiken der Ganz- oder Teilarbeitslosigkeit sowie der Kurzarbeit und sieht für die arbeitslosen Personen angemessene Entschädigungsbedingungen und Leistungen vor. Der Ratifikation dieses Uebereinkommens stehen keine rechtlichen Hindernisse im Wege. Die Kommission begrüsst die Neuerungen des Uebereinkommens Nr. 168 und vertritt die Auffassung, dass eine Ratifikation angezeigt wäre.

M. Allenspach présente au nom de la Commission de la sécurité sociale le rapport écrit suivant:

Le rapport du Conseil fédéral sur la 75e session de la Conférence internationale du travail se compose pour l'essentiel de deux parties. On analyse d'abord la position suisse au regard de la convention no 167 et de la recommandation no 175 concernant la sécurité et la santé dans la construction. Il est ensuite question, dans un message, de la convention no 168 et de la recommandation no 176 sur la promotion de l'emploi et la protection contre le chômage.

La convention no 167 révisé la convention no 62 de 1937 concernant les prescriptions de sécurité dans le bâtiment. La convention no 167 contient des dispositions générales sur la collaboration des employeurs et des travailleurs en vue de promouvoir la sécurité et la santé sur les chantiers de construction et sur la coordination et les responsabilités entre les différentes occupées sur un chantier. En outre, elle définit toute une série de mesures de protection relatives aux installations, aux machines, aux appareils et aux outils utilisés dans le bâtiment et le génie civil.

En Suisse, les mesures techniques et d'organisation applicables en matière de sécurité et de santé sur le lieu de travail satisfont déjà, pour l'essentiel, aux exigences de la convention no 167. Il n'est cependant pas possible de ratifier cette convention, car les travailleurs indépendants ne sont pas compris, en Suisse, dans le champ d'application de la législation concernant la sécurité sur le lieu de travail.

La commission déplore qu'il ne soit pas possible de ratifier la convention no 167. Il ressort du rapport du Conseil fédéral que le Département fédéral de l'intérieur a été chargé d'examiner les adaptations de notre législation qui seraient nécessaires, notamment pour ce qui touche la situation des travailleurs indépendants, pour permettre la ratification de la dite convention. Notre commission a l'intention de poursuivre de façon autonome l'étude des problèmes qui se posent au sujet des travailleurs indépendants. Elle a requis du Département fédéral de l'intérieur un rapport sur la question.

La convention no 168 a pour objectif d'assurer la coordination des systèmes de protection contre le chômage et de la politique de l'emploi. Elle porte révision de la convention no 44 sur le chômage, qui date de 1934. Depuis lors de nombreux autres problèmes ont retenu l'attention, par exemple le chômage de longue durée, le chômage des jeunes, le chômage lié à la réinsertion des femmes, les modifications de structure du marché du travail ou les nouvelles modalités de l'aménagement du temps de travail.

La convention no 168 traite ces questions et constitue un instrument international adapté à la situation du travail de notre époque. Elle protège 85 pour cent au moins de l'ensemble des salariés contre les risques de chômage complet, ainsi que de chômage partiel ou technique, et prévoit, pour les personnes sans emploi, des conditions d'indemnisation et des prestations raisonnables. La ratification de cette convention ne se heurte à aucun obstacle juridique. La commission approuve les innovations de la convention no 168 et estime que sa ratification serait opportune.

Weg vom Tierversuch. Volksinitiative

Limitons strictement l'expérimentation animale. Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.010
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.06.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1166-1176
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 703

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.